



Petra Merkel, MdB

Newsletter *** Newsletter *** Newsletter

Ausgabe: 05/2004

Was mich bewegt...

... ist das Ergebnis der Europawahl, die zu einem weiteren „Denkzettel“ für die SPD genutzt wurde. Es tröstet nicht, dass viele Regierungen in anderen europäischen Ländern ähnliche Abstimmungsniederlagen erlitten. Kommunal- und Landtagswahlen in der Bundesrepublik weisen den Trend einer sinkenden Zustimmung zur Politik der SPD aus. Aus meiner Sicht trifft man mit dem Wort von der Vertrauenskrise am ehesten die Situation zwischen der Bevölkerung und der SPD. Ein Problem bleibt die Gerechtigkeitsbalance, die z.B. durch die Erbschaftssteuer, durch die Mindestgewinnbesteuerung, wie sie bereits in unserem Steuervergünstigungsabbaugesetz ursprünglich vorgesehen war, noch hergestellt werden muss – und durch massiven öffentlichen Druck im Bundesrat durchzusetzen sein wird.

Die größte Verunsicherung tritt über die Veränderungen der Sozialsysteme auf. Dabei ist es gerade für mich als Sozialdemokratin unabdingbar, diese Systeme bei einer stagnierenden Wirtschaft, hoher Arbeitslosigkeit und einer erkennbaren demografischen Entwicklung anzupassen und nicht unwiderruflich weg brechen zu lassen. Der Sozialstaat wird von uns verteidigt – und von niemandem sonst in der Bundesrepublik! Bei allen manchmal strittigen und einschneidenden Veränderungen – die CDU/CSU und FDP nehmen keine Rücksicht auf einen funktionsfähigen Sozialstaat. Es ist und bleibt unsere Aufgabe aufzuklären, welche politischen Schwerpunkte wir setzen – wie zum Beispiel in der Bildung.

In vielen Gesprächen mit Besuchergruppen, bei Veranstaltungen und in meinen Bürgersprechstunden merke ich, dass der Gedankenaustausch dringend notwendig ist, um Verständnis für unsere Politik zu erreichen. Ich stelle immer wieder fest, dass es sich lohnt zu diskutieren - dafür will ich auch die plenarfreie Zeit im Sommer nutzen.

Für mich ist klar: Die SPD versteckt sich nicht! Jetzt erst recht bieten wir uns als Gesprächspartner/innen an.

Für **Sommer-Gespräche** stehen die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf und ich z.B.

auf Wochenmärkten - jeweils 9.30 Uhr bis 12.00 Uhr – bereit:
Dienstag, 20. Juli 2004 - Klausenerplatz
Freitag, 23. Juli 2004 - Eberbacher Straße
Mittwoch, 28. Juli 2004 - Hohenzollernplatz
Mittwoch, 4. August 2004 - Karl-August-Platz

Außerdem plane ich Gesprächsrunden mit der Anwohnerinitiative Sesenheimer Straße, mit den Gewerbetreibenden in der Uhlandstraße zusammen mit Staatssekretärin Hella Dunger-Löper, mit Innungsvertretern zusammen mit „Wirtschaft und Arbeit im Dialog“, dem Arbeitskreis der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, mit Betriebsräten als Nachbereitung der Betriebsrätekonferenz der Bundestagsfraktion und ein Kneipengespräch im Dressel-Eck, Dresselstraße 3.

Uns allen gute Gespräche und trotzdem eine gute Erholung bei Sonnenschein und sommerlichen Temperaturen!

Ihre Petra Merkel

Aus dem Bundestag

Hartz IV verabschiedet

Heute war die letzte Sitzung des Bundestages vor der „Sommerpause“. In namentlichen Abstimmungen haben wir u.a. über Hartz IV abgestimmt. Erst letzte Woche ist es im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat gelungen, eine Einigung zu finden. Nach wochenlangem Hin und Her hat die Union endlich den Weg für Hartz IV frei gemacht.

Die Arbeitslosigkeit ist die größte soziale Ungerechtigkeit in Deutschland. Ziel der Reform ist die bessere und schnellere Vermittlung von Arbeitslosen in neue Beschäftigung. Wir eröffnen gerade für Langzeitarbeitslose, die bisher Sozialhilfe erhalten haben, neue Chancen. Anders als in der Sozialhilfe werden zukünftig für 900.000 erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger Beiträge zur Krankenversicherung, Pflege und Rente gezahlt.

Kommunales Optionsgesetz

Mit der Einigung zum Kommunalen Optionsgesetz im Vermittlungsausschuss wird eine Vereinbarung aus dem Vermittlungsverfahren zu Hartz IV umgesetzt, die auf eine Forderung der Union zurückgeht. Danach sollen die Kommunen die Möglichkeit erhalten, alle Aufgaben zur Betreuung von Langzeitarbeitslosen zu übernehmen und nicht in einer Arbeitsgemeinschaft mit einer Agentur für Arbeit zusammenzuarbeiten. 69 Kommunen und Landkreise werden durch die Experimentierklausel die Möglichkeit erhalten, die Betreuung in alleiniger Trägerschaft zu übernehmen.

Für die Berliner Bezirke steht fest, die Arbeitsgemeinschaften zu wählen und die Kompetenzen von beiden Seiten einzubringen.

Ab 2005 werden den Kommunen Bundesmittel in Höhe von 3,2 Milliarden Euro jährlich für die Unterbringungskosten zur Verfügung gestellt. Mit dem Vermittlungsergebnis ist nun die Voraussetzung geschaffen, dass das Ziel von Hartz IV erreicht wird: Langzeitarbeitslose schneller vermitteln und wieder in Beschäftigung bringen.

Die Union hat unseren Vorschlägen im Vermittlungsausschuss zugestimmt. Damit ist die zugesagte Entlastung für die Kommunen in Höhe von 2,5 Mrd. Euro sichergestellt. Um dies zu erreichen, stellt der Bund den Kommunen insgesamt zusätzlich 3,2 Mrd. Euro als Beteiligung an den Unterkunftskosten zur Verfügung. Dies entspricht einem Anteil an den gesamten Unterkunftskosten von 29,14 Prozent. Hierdurch stärken wir die Investitionskraft der Kommunen und schaffen Arbeitsplätze. Gleichzeitig setzen wir die Kommunen finanziell dazu in die Lage, eine flächendeckende Ganztagsbetreuung zu gewährleisten.

Mit der Einfügung einer Revisionsklausel geben wir den Kommunen auch für die Zukunft die notwendige Planungssicherheit. Wir werden daher bereits zum 1. März 2005 erstmalig prüfen, ob der Anteil der vom Bund übernommenen Unterkunftskosten ausreicht, die Kommunen tatsächlich um 2,5 Mrd. Euro zu entlasten. Falls die Prognosen, welche den Berechnungen zu Grunde liegen, nicht eintreffen, ist sichergestellt, dass zeitnah die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

Wir haben eine Experimentierklausel für die kommunale Option vereinbart, von der bundesweit bis zu 69 kommunale Träger für einen Zeitraum von 6 Jahren Gebrauch machen können. Bei der Integration von Arbeitsuchenden, die Arbeitslosengeld II erhalten, ist es nun in einem fairen Wettbewerb zwischen Agenturen für Arbeit und den Kommunen möglich unterschiedliche Formen der Trägerschaft zu erproben. Dies ermöglicht es, unterschiedliche Ansätze zur Eingliederung im Hinblick auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen.

Mit einer Übergangsregelung stellen wir sicher, dass Beschäftigungsgesellschaften auch für das Jahr 2005 über die notwendige Planungssicherheit verfügen. Damit der nahtlose Übergang vom bisherigen in das neue Leistungssystem gelingt, können die Träger der Sozialhilfe die Bundesagentur für Arbeit oder den zugelassenen kommunalen Träger verpflichten, die Maßnahmen bis zum 31. Dezember 2005 als Leistung zur Eingliederung in Arbeit fortzuführen.

Erfolgreiche Strukturen regionaler Beschäftigungsträger bleiben so erhalten. Das Know-how zur erfolgreichen Eingliederung von Arbeitsuchenden steht auch künftig zur Verfügung.

Mit einer Übergangsregelung soll sichergestellt werden, dass alle das ihnen zustehende Arbeitslosengeld II ab dem 1. Januar 2005 pünktlich erhalten.

Weitere wichtige Regelungen, die wir im Vermittlungsverfahren durchgesetzt haben, sind:

- Der Zeitpunkt für die Datenerfassung wird vorgezogen, sodass diese bereits ab dem 1. August 2004 möglich ist. Hierdurch wird eine zügige Vorbereitung auf den 1. Januar 2005 gewährleistet.
- Neu ist auch die Möglichkeit zur Delegation für die kommunalen Träger auf die untere kommunale Ebene, damit die Kosten der Unterkunft und die Leistungen zur Beseitigung von Vermittlungshemmnissen von denjenigen bewilligt werden

können, bei denen hierfür auch heute schon das notwendige Know-how zur Verfügung steht.

- Es können nunmehr je Bezirk einer Agentur für Arbeit mehrere Arbeitsgemeinschaften eingerichtet werden. Hier kommen wir einem Wunsch der kommunalen Seite nach.
- Wir haben klargestellt, dass die im Leistungskatalog enthaltenen Regelungen für behinderte erwerbsfähige hilfebedürftige Menschen Pflichtleistungen sind.
- Wir stellen ebenfalls klar, dass Arbeitsgemeinschaften sowohl durch privatrechtliche als auch durch öffentlichrechtliche Verträge gebildet werden können. Wir schaffen hiermit Klarheit für die Wahl der richtigen Rechtsform für die Arbeitsgemeinschaft und für Regelungen, die den Personaleinsatz betreffen.

Wir können uns über die Ergebnisse freuen. Jetzt ist die Bahn frei für eine zügige Umsetzung

<http://www.bundesregierung.de/-,413.676821/artikel/Arbeitslosengeld-II-kommt-Foer.htm>

Bekämpfung von Schwarzarbeit

Der Vermittlungsausschuss hat dem Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit ohne gravierende Änderungen zugestimmt. Kern des Gesetzesentwurfs ist die Bekämpfung von Schwarzarbeit im gewerblichen Bereich, die in einigen Branchen ein gravierendes Ausmaß angenommen hat. Nach dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses wird es - wie von der Koalition vorgesehen - eine Rechnungsausstellungs- und Rechnungsaufbewahrungspflicht bei Arbeiten an Grundstücken und Gebäuden geben. Der Unternehmer muss bei solchen Arbeiten Rechnungen ausstellen; der private Leistungsempfänger muss nun diese Rechnungen zwei Jahre aufbewahren.

Bei der Aufbewahrungspflicht reicht nach einer Änderung anstelle der Rechnung auch der entsprechende Kontoauszug oder eine beweiskräftige Unterlage. Dem Vorhaben der Koalition, die Schwarzarbeit wirkungsvoller zu bekämpfen, steht nun nichts mehr im Wege.

Haushalt 2005

Am letzten Mittwoch hat das Bundeskabinett den Bundeshaushalt für 2005 beschlossen. Trotz schwieriger Konjunktur ist es gelungen, die Nettokreditaufnahme mit 22 Mrd. Euro unter den Investitionen in Höhe von 22,8 Mrd. Euro zu halten, wie es Art. 115 GG vorschreibt.

Haushaltsbegleitgesetz 2005

Ein Bestandteil des Haushalts 2005 ist das Wiederaufgreifen von Maßnahmen zum Subventionsabbau im Bereich der Landwirtschaft, die im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2004 nicht realisiert werden konnten. Die bereits im Haushaltsbegleitgesetz 2004 enthaltenen und dann von CDU/CSU im Vermittlungsverfahren Ende letzten Jahres verhinderten Maßnahmen sind nun im Entwurf eines

Haushaltsbegleitgesetzes 2005 (15/3442) der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen enthalten. Das Gesetz ist zustimmungsfrei durch den Bundesrat.

Notwendiger Subventionsabbau

Um wichtige Zukunftsinvestitionen finanzieren zu können, müssen wir weiterhin Subventionen abbauen. Die Opposition hat durch ihre kurzsichtige, parteitaktisch motivierte Verweigerungshaltung im Bundesrat im vergangenen Jahr sowohl beim Steuervergünstigungsabbaugesetz als auch beim Haushaltsbegleitgesetz notwendigen Subventionsabbau verhindert. Es ist daher erforderlich im Bereich der Landwirtschaft, die im laufenden Jahr von Subventionsabbaumaßnahmen weitgehend verschont wurde, zwei Maßnahmen zum Subventionsabbau umzusetzen.

Maßnahmen zum Subventionsabbau

Die Vergütung der Mineralölsteuer für den in der Land- und Forstwirtschaft verwendeten Dieselmotorkraftstoff soll ab dem 1. Januar 2005 auf 10.000 Liter je land- und forstwirtschaftlichem Betrieb im Jahr begrenzt werden und ein Selbstbehalt von 350 Euro eingeführt werden. Dies soll ab dem Haushaltsjahr 2006 Entlastungen von 287 Millionen Euro im Jahr bringen. Außerdem soll der Bundeszuschuss zur Krankenversicherung der Landwirte ab 2005 reduziert werden. Der Zuschuss wird in 2005 um 82 Millionen Euro und bis 2008 um 91 Millionen Euro abgesenkt.

Änderungen beim Zivildienst

Mit dem beschlossenen 2. Zivildienständerungsgesetz haben wir den Weg für die Verkürzung des Zivildienstes auf 9 Monate freigemacht. Durch das In-Kraft-Treten des Gesetzes wird der Zivildienst nicht nur verkürzt, sondern erstmals der Dauer des Grundwehrdienstes angepasst. Wir haben damit endlich die zeitliche Gleichbehandlung beider Dienste auf den Weg gebracht und sorgen für Planungssicherheit im Bereich des Zivildienstes. Das Gesetz und damit die Kürzung der Dienstdauer wird bereits den im Herbst diesen Jahres beginnenden Zivildienstleistenden zugute kommen.

Engagierte Zivildienstleistende

Seit Einführung des Ersatzdienstes haben Zivildienstleistende mit großem Engagement gesellschaftliche Aufgaben übernommen und haben sich inzwischen zu Recht eine große Anerkennung erworben. Durch Entwicklungen im Bereich des Wehrdienstes ist das verfassungsmäßig gebotene Belastungsgleichgewicht von Wehr- und Zivildienst gegeben und es besteht daher kein Grund mehr für eine längere Zivildienstdauer.

Änderung der Einberufung

Bei folgenden Wehrpflichtigen wird in Zukunft von einer Einberufung abgesehen:

- Zivildienstpflichtige mit dem Tauglichkeitsgrad "zivildienstfähig 3",
- verheiratete Zivildienstpflichtige und Zivildienstpflichtige in eingetragenen Lebenspartnerschaften,

- Zivildienstpflichtige, die das 23. Lebensjahr vollendet haben (bei Zurückstellung das 25. Lebensjahr).

Außerdem können sich Abiturienten bzw. Fachoberschüler, die einen Ausbildungsvertrag oder eine rechtsverbindliche Zusage für eine betriebliche Ausbildung vorweisen können, auf Antrag befristet vom Zivildienst zurückstellen lassen.

Unabhängig von unseren Entscheidungen: Auf dem Bundesparteitag Ende des Jahres soll endgültig über die Frage von Berufsarmee oder Beibehaltung der Wehrpflicht entschieden werden.

Aus dem Wahlkreis

Sozialer Tag am 22. Juni 2004

Am Sozialen Tag, den 22. Juni, arbeiteten sieben Berliner Schülerinnen und Schüler bei mir im Wahlkreisbüro in der Goethestraße 80. Ihren Lohn (insgesamt 260 Euro) spendeten sie an Jugendprojekte im Kosovo und in Rumänien. Dieses Projekt wurde in Berlin zum ersten Mal durchgeführt und mein Team und ich wollten unbedingt dabei sein!

Die Idee kommt von dem Verein „Schüler Helfen Leben“, der vor 16 Jahren in Schleswig-Holstein ins Leben gerufen wurde und mit Heide Simonis eine engagierte Schirmherrin hat. Schülerinnen und Schüler aus ganz verschiedenen Jahrgangsstufen drücken für einen Tag nicht die Schulbank, sondern suchen sich einen Job in einem Büro, arbeiten im Garten oder waschen Autos. Ganz egal – Hauptsache der Lohn stimmt, denn dieser wird vom Arbeitgeber dann gleich an „Schüler Helfen Leben“ gespendet.

Das Engagement der Jugendlichen war überwältigend. Es gab so viele Anfragen, dass ich noch viel mehr als meine sieben „Arbeiter“ hätte einstellen können. Die Mädchen und Jungen verteilten Flugblätter und versandten Einladungen.

Jedoch verbrachten sie die meiste Zeit mit einer weiteren sehr nützlichen Aufgabe: Sie halfen kräftig beim Verkauf von „Transfair“ – Produkten (Produkte aus der dritten Welt, die zu einem fairen Preis gehandelt werden) mit. So konnten wir bei dem Einen oder Anderen auch gleich das Interesse an dem regelmäßigen Verkauf dieser Waren jeden Samstag in der Goethestraße 80 wecken.

Der Soziale Tag am 22. Juni 2004 war eine tolle und nützliche Aktion, die bei allen Beteiligten ein Lächeln aufs Gesicht zauberte – und hoffentlich vor allem bei denen, die davon profitieren sollen: Die Jugendlichen auf dem Balkan.

Arbeitslosenfrühstück

Am Freitag, den 25. Juni 2004, traf ich mich wieder mit Arbeitslosen im Wahlkreisbüro in der Goethestraße 80. Diesmal stand die Langzeitarbeitslosigkeit und die Umsetzung von Hartz IV im Mittelpunkt der Gespräche. Auch Frank Jahnke, MdA und Sprecher für Berufliche Bildung, Dr. Jürgen Arndt, Referent der AG Wirtschaft und Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion und Dr. Annedore Cruz-Benedetti vom

Arbeitskreis Wirtschaft und Arbeit im Dialog der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf standen den Teilnehmern Rede und Antwort.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzten die Veranstaltung, um sich über die Umsetzung von Hartz IV, der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II zum 1. Januar 2005, zu informieren und Erfahrungen auszutauschen. Deutlich wurde mir jedoch auch, dass viele verunsichert sind, was diese Änderungen konkret für sie bedeuten. Deshalb ist es gut, dass die Bundesagentur für Arbeit ab Mitte Juli eine Informationskampagne startet, um so die Betroffenen direkt zu informieren. Weiter werden Fragebögen zur Ermittlung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld II versandt – und im Herbst werden voraussichtlich die Bescheide über die Höhe des Arbeitslosengeldes II verschickt.

Ein eigenes Bild über den Stand der Vorbereitung machte ich mir direkt bei der Agentur für Arbeit und dem Bezirk. Zurzeit laufen die Vorbereitungen für den Aufbau von Job-Centern. Nach allen Informationen läuft die Zusammenarbeit zwischen der Agentur für Arbeit Berlin Nord und dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf hervorragend.

Geburtstagsfeier des Wahlkreisbüros und SPD-Bürgerbüros

Ein Jahr ist es her, da wurden mein Wahlkreisbüro und das SPD-Bürgerbüro in der Goethestraße 80, in Berlin-Charlottenburg eröffnet. Am 2. Juli feierte ich gemeinsam mit dem Kreisvorsitzenden der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, Christian Gaebler, MdA, und vielen langjährigen Freunden und Mitgliedern der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, Nachbarinnen und Nachbarn und zahlreichen Sympathisanten den ersten Geburtstag der „Goethe 80“. SPD-Generalsekretär Klaus Uwe Benneter überbrachte Glückwünsche aus dem Willy-Brandt-Haus, SPD-Landesgeschäftsführer Andreas Matthae ebensolche aus der Müllerstraße. Das Wetter war so freundlich wie die Stimmung und so feierten die meisten Gäste draußen in der Sonne.

Die „Goethe 80“ hat sich im letzten Jahr zu einer wichtigen Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger aus dem Bezirk entwickelt. Das Wahlkreisbüro und Bürgerbüro möchten aufklären, auch wenn es unbequem ist und helfen, wo es möglich ist. Aber auch die Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf nutzen die „Goethe 80“ als Tagungs- und Veranstaltungsort. Meine Sprechstunde findet dort ebenso statt, wie die einiger Mitglieder des Abgeordnetenhauses. Und nicht zuletzt können hier jeden Samstag (außer jetzt in der „Sommerpause“) von 11.00 bis 14.00 Uhr fair gehandelte Produkte erworben werden.

Dies und das

Arbeitskreis Neue Erziehung e.V. präsentiert BEN im Paul-Löbe-Haus

In Berlin gibt es seit 1946 den Arbeitskreis Neue Erziehung – kurz ANE – der sich herausragend im Elternbereich engagiert. Analog dem amerikanischen Vorbild der 50iger und 60iger Jahre gibt der ANE seit 30 Jahren Elternbriefe heraus. Darüber hinaus organisiert der ANE Veranstaltungen zu vielfältigen Themen

Der ANE bietet nun auch ein Bundesweites ElternNetz, BEN, an. Es handelt sich um eine umfassende und aktuelle Datenbank mit über 4000 Angeboten für Eltern mit Kindern im Alter von 0 bis 8 Jahren. Ich habe den ANE in den Bundestag eingeladen, um meinen Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit zu geben, BEN kennen zu lernen. Meine Idee: Das Projekt ANE bundesweit auch in anderen Wahlkreisen nutzbar zu machen.

Am 1. Juli präsentierte die Geschäftsführerin von ANE, Frau Gundel Hessemer, gemeinsam mit ihren Mitarbeiter/Innen hier im Paul-Löbe-Haus ihr Projekt per Power-Point und stand für ein ausführliches Informationsgespräch zur Verfügung. Ich bin davon überzeugt, dass es sich lohnt, den ANE zu unterstützen.

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm – für ein Jahr in die USA

Lydia Repke, mein erstes „Patenkind“ ist gerade von ihrem einjährigen Aufenthalt in den USA wiedergekommen, und jetzt kann ich wieder einem Jugendlichen aus Charlottenburg-Wilmersdorf die Möglichkeit geben, 2005/2006 im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms ein Jahr in Amerika zu leben und zur Schule zu gehen oder zu arbeiten.

Insgesamt 350 Schülerinnen, Schüler und junge Berufstätige aus dem gesamten Bundesgebiet können im Sommer des nächsten Jahres mit diesem Stipendium des Deutschen Bundestages für ein Jahr in die USA reisen.

In den USA wohnen die Jugendlichen in Gastfamilien. Die Schülerinnen und Schüler besuchen die High School, die jungen Berufstätigen absolvieren im Anschluss an den College-Besuch ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb.

Bewerben können sich Schülerinnen und Schüler, die am 31.7.2005 mindestens 15 und höchstens 17 Jahre alt sind. Junge Berufstätige müssen bis zur Ausreise (31.07.2005) die Berufsausbildung abgeschlossen haben und dürfen zu diesem Zeitpunkt höchstens 22 Jahre alt sein. Die Bewerbung muss mit der vorgesehenen Bewerbungskarte bis spätestens 3. September 2004 bei der zuständigen Austauschorganisation eingegangen sein.

Anschließend werde ich mit den Bewerberinnen und Bewerbern aus Charlottenburg-Wilmersdorf, die mir von der Austauschorganisation vorgeschlagen werden, Gespräch führen und dann mein „Patenkind“ auswählen.

Das Informationsfaltblatt gibt es ebenfalls im Wahlkreisbüro in der Goethestraße 80, 10623 Berlin. Dort kann es auch telefonisch unter 3138882 angefordert werden.

Bei diesem Austauschprogramm zwischen Amerikanischem Kongress und Deutschem Bundestag kommen ebenfalls jeden Sommer amerikanische Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige nach Deutschland. Ich möchte daher vor allem Familien aus Charlottenburg-Wilmersdorf um ihre Bereitschaft bitten, einen der jungen Gäste für ein Jahr aufzunehmen. Interessierte Familien können sich gern im Wahlkreisbüro melden.

Einzelheiten und genaue Teilnahmevoraussetzungen sind im Internet zu finden unter <http://www.bundestag.de/ppp>.

Termine

Meine nächsten Bürgersprechstunden in meinem Wahlkreisbüro finden statt am Freitag, den 16. Juli und den 30. Juli 2004 von 16.00 bis 18.00 Uhr. Sollten auch Sie Interesse an einem Gesprächstermin haben, melden Sie sich bitte unter: 313 88 82.